

140 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP**Ausgedruckt am 12. 4. 1995**

Regierungsvorlage

VERTRAG

zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung

Artikel I

(Zu Artikel 2 des Übereinkommens)

Wird eine Auslieferung nach Artikel 2 Absatz 1 des Übereinkommens bewilligt, so wird die Auslieferung auch wegen anderer Handlungen bewilligt, deren Bestrafung in beiden Vertragsstaaten in die Zuständigkeit der Gerichte fällt.

Artikel II

(Zu Artikel 5 des Übereinkommens)

(1) In Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenstrafsachen und in Strafsachen wegen der Verletzung von Vorschriften der Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel wird die Auslieferung nur bewilligt, wenn die dem Ersuchen zugrundeliegende Handlung auch nach einer vergleichbaren Strafbestimmung des ersuchten Vertragsstaates gerichtlich strafbar wäre.

(2) Die Auslieferung darf nicht ausschließlich mit der Begründung abgelehnt werden, daß das Recht des ersuchten Vertragsstaates keine Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenvorschriften oder keine Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel derselben Art wie das Recht des ersuchenden Vertragsstaates enthält.

Artikel III

(Zu Artikel 7 und 8 des Übereinkommens)

(1) Der ersuchte Vertragsstaat kann die Auslieferung einer Person wegen einer strafbaren Handlung, die nach seinen Rechtsvorschriften seiner Gerichtsbarkeit unterliegt, bewilligen, wenn der Durchführung des Strafverfahrens im ersuchenden Vertragsstaat mit Rücksicht auf die besonderen Umstände, insbesondere aus Gründen der Wahrheitsfindung, der Strafzumessung und des Strafvollzuges oder im Interesse der Resozialisierung des Rechtsbrechers der Vorzug zu geben ist.

(2) Absatz 1 ist bei der Entscheidung über die Zustimmung zu einer Weiterlieferung (Artikel 15 des Übereinkommens) sinngemäß anzuwenden.

Artikel IV

(Zu Artikel 9 des Übereinkommens)

(1) Die Auslieferung wird auch nicht bewilligt, wenn die dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegenden Handlungen in einem dritten Staat verübt worden sind und in diesem Staat eine der in Artikel 9 des Übereinkommens erwähnten Entscheidungen ergangen ist.

(2) Ist im ersuchten Vertragsstaat ein rechtskräftiges Urteil ergangen, so kann dessen ungeachtet unter den Voraussetzungen des Artikels III Absatz 1 dieses Vertrages die Auslieferung bewilligt werden, wenn neue Tatsachen oder Beweise die Wiederaufnahme des Strafverfahrens rechtfertigen oder wenn die im Urteil verhängte Strafe ganz oder teilweise nicht vollstreckt und für den noch nicht vollstreckten Teil nicht nachgesehen worden ist.

(3) Der ersuchte Vertragsstaat wird die Auslieferung einer Person nicht ablehnen, wenn seine Justizbehörden diese Person nur wegen fehlender eigener Gerichtsbarkeit freigesprochen oder nur aus diesem Grund gegen sie kein Strafverfahren eingeleitet oder ein bereits eingeleitetes Strafverfahren eingestellt haben.

Artikel V

(Zu Artikel 10 des Übereinkommens)

Für die Hemmung und die Unterbrechung der Verjährung sind allein die Rechtsvorschriften des ersuchenden Vertragsstaates maßgebend.

Artikel VI

(1) Eine im ersuchten Vertragsstaat erlassene Amnestie steht der Auslieferung nicht entgegen, wenn die strafbare Handlung, wegen der die Auslieferung begehrt wird, nicht der Gerichtsbarkeit des ersuchten Vertragsstaates unterliegt.

(2) Die Verpflichtung zur Auslieferung wird durch das Fehlen einer Zustimmung zur Strafverfolgung oder einer sonstigen Erklärung des Geschädigten, die nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates zur Einleitung und Fortsetzung des Strafverfahrens erforderlich wäre, nicht berührt.

Artikel VII

(Zu Artikel 12 des Übereinkommens)

(1) In den durch diesen Vertrag geregelten Angelegenheiten erfolgt der Schriftverkehr zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich einerseits und der Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik und dem Justizministerium der Slowakischen Republik andererseits. Der diplomatische Weg wird dadurch nicht ausgeschlossen.

(2) In den Fällen des Strafaufschubes, der Strafunterbrechung und der bedingten Aussetzung der Vollstreckung einer Strafe oder vorbeugenden Maßnahme sind einem Ersuchen um Auslieferung oder Durchlieferung auch die zur Feststellung der Vollstreckbarkeit dienenden Urkunden beizufügen.

Artikel VIII

(Zu Artikel 14 des Übereinkommens)

(1) Die bedingte Freilassung oder Enthaltung einer ausgelieferten Person ohne eine ihre Bewegungsfreiheit einschränkende Anordnung steht der endgültigen Freilassung gleich.

(2) Im Sinne des Artikels 14 Absatz 2 des Übereinkommens kann der ersuchte Vertragsstaat auch Maßnahmen treffen, um die für ein Ersuchen um Zustimmung nach Artikel 14 Absatz 1 lit. a des Übereinkommens erforderlichen Unterlagen zu erhalten; zu diesem Zweck ist die Vernehmung der ausgelieferten Person und ihre Vorführung zur Vernehmung zulässig. Nach der Stellung eines Ersuchens um Zustimmung kann die ausgelieferte Person ungeachtet der Einschränkung des Artikels 14 des Übereinkommens bis zum Eingang der Entscheidung über dieses Ersuchen in Haft gehalten werden, wenn die Anordnung der Haft nach den Rechtsvorschriften des ersuchenden Vertragsstaates an sich zulässig ist.

Artikel IX

(Zu Artikel 15 des Übereinkommens)

Einem Ersuchen um Zustimmung zur Weiterlieferung an eine andere Vertragspartei des Übereinkommens oder an einen dritten Staat sind die in Artikel 12 Absatz 2 des Übereinkommens erwähnten Unterlagen beizufügen, die dem um Zustimmung ersuchenden Vertragsstaat übermittelt worden sind. Der darum ersuchte Vertragsstaat erteilt seine Zustimmung, wenn wegen der dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegenden strafbaren Handlungen die Auslieferung an den anderen Vertragsstaat oder an den dritten Staat zulässig wäre.

Artikel X

(Zu Artikel 16 des Übereinkommens)

(1) Ein Ersuchen um vorläufige Verhaftung kann durch ein Gericht, eine Staatsanwaltschaft und eine oberste Justiz- und Polizeibehörde des einen Vertragsstaates an die zuständige Justiz- und Polizeibehörde des anderen Vertragsstaates gerichtet werden. Die Angabe der strafbaren Handlung hat eine kurze Sachverhaltsdarstellung zu umfassen.

140 der Beilagen

3

(2) Erlangen die zuständigen Behörden eines Vertragsstaates davon Kenntnis, daß sich auf dem Gebiet dieses Vertragsstaates eine Person befindet, deren Auslieferung vom anderen Vertragsstaat begehr werden kann, so werden sie diesen unverzüglich auf den in Artikel 16 Absatz 3 des Übereinkommens vorgesehenen Geschäftsweg befragen, ob er die Auslieferung dieser Person begehr. Wird die Person in vorläufige Auslieferungshaft genommen, so ist der andere Vertragsstaat hiervon unverzüglich unter Angabe des Zeitpunktes der Verhaftung und des Ortes der Haft zu verständigen.

(3) Die Fristen nach Artikel 16 Absatz 4 des Übereinkommens werden gewahrt, wenn das Auslieferungsersuchen und die beigefügten Unterlagen vor deren Ablauf mittels Fernkopierer (Telefax) beim Justizministerium des ersuchten Staates einlangen und die Urschriften innerhalb angemessener Frist nachgereicht werden.

Artikel XI

(Zu Artikel 17 des Übereinkommens)

Zugleich mit der Entscheidung nach Artikel 17 des Übereinkommens wird der ersuchte Vertragsstaat auch über die Zulässigkeit der Weiterlieferung entscheiden; er wird diese Entscheidung allen beteiligten Staaten bekanntgeben.

Artikel XII

(Zu Artikel 19 des Übereinkommens)

(1) Artikel 19 Absatz 1 des Übereinkommens wird auch beim Vollzug einer vorbeugenden Maßnahme angewendet.

(2) Um die zeitweilige Übergabe im Sinne des Artikels 19 Absatz 2 des Übereinkommens kann zur Durchführung dringender Prozeßhandlungen ersucht werden. Diese Prozeßhandlungen sind im Ersuchen näher zu bezeichnen. Die Übergabe kann abgelehnt werden, wenn durch sie eine gerichtliche Verfolgung im ersuchten Vertragsstaat erheblich verzögert oder erschwert würde oder wenn sie unangemessene Nachteile für die auszuliefernde Person zur Folge haben könnte. Nach Durchführung der Prozeßhandlungen im ersuchenden Vertragsstaat oder auf Verlangen des ersuchten Vertragsstaates wird die übergebene Person ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit zurückgestellt.

(3) Im Fall der vorläufigen Übergabe wird die übergebene Person im ersuchenden Vertragsstaat für die Dauer ihres Aufenthaltes in Haft gehalten. Diese Haft wird im ersuchten Vertragsstaat auf die dort zu verbüßende Strafe angerechnet.

(4) Die durch eine vorläufige Übergabe im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates entstandenen Kosten werden nicht erstattet.

Artikel XIII

(Zu Artikel 20 des Übereinkommens)

(1) Wird die Auslieferung einer Person bewilligt, so werden auch ohne besonderes Ersuchen die Gegenstände, die im Artikel 20 des Übereinkommens bezeichnet sind oder als Entgelt für solche Gegenstände erlangt worden sind, wenn möglich zugleich mit der auszuliefernden Person übergeben. Sie werden auch dann übergeben, wenn die bereits bewilligte Auslieferung wegen Flucht oder Todes dieser Person nicht vollzogen werden kann; weiters dann, wenn die Auslieferung, die nach dem Übereinkommen zulässig wäre, nicht bewilligt werden kann, weil die auszuliefernde Person geflüchtet oder gestorben ist oder im ersuchten Vertragsstaat nicht betreten werden konnte.

(2) Der ersuchte Vertragsstaat gibt dem ersuchenden Vertragsstaat bekannt, welche der in Artikel 20 des Übereinkommens bezeichneten Gegenstände sichergestellt worden sind und ob die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, mit der unmittelbaren Rückgabe an den Geschädigten einverstanden ist. Der ersuchende Vertragsstaat teilt dem ersuchten Vertragsstaat sobald wie möglich mit, ob er auf die Übergabe der Gegenstände unter der Bedingung verzichtet, daß sie dem Geschädigten oder dessen Beauftragten ausgehändigt werden.

(3) Ein Zollpfandrecht oder eine sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften des Zoll- oder Steuerrechtes wird der ersuchte Vertragsstaat bei der Übergabe von Gegenständen unter Verzicht auf deren Rückstellung nicht geltend machen, es sei denn, daß der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer der Gegenstände die Abgabe selbst schuldet.

Artikel XIV

(Zu Artikel 21 des Übereinkommens)

(1) Für die Dauer der Durchlieferung hat der darum ersuchte Vertragsstaat die ihm übergebene Person in Haft zu halten.

(2) Soll eine Person, die von einem dritten Staat an einen Vertragsstaat ausgeliefert wird, auf dem Luftweg durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ohne Zwischenlandung in diesen Vertragsstaat befördert werden, so ist eine Verständigung jenes Vertragsstaates, dessen Hoheitsgebiet überflogen werden soll, nicht erforderlich, wenn die Person weder dessen Staatsangehörigkeit besitzt noch in Anspruch nimmt und die Auslieferung nicht wegen einer der in den Artikeln 3 und 4 des Übereinkommens bezeichneten strafbaren Handlungen erfolgt.

Artikel XV

(Zu Artikel 23 des Übereinkommens)

Auslieferungsersuchen und sonstige Schriftstücke werden in der Sprache des ersuchenden Vertragsstaates abgefaßt. Übersetzungen werden nicht gefordert.

Artikel XVI

(Zu Artikel 25 des Übereinkommens)

Im Sinne dieses Vertrages bedeutet der Ausdruck „vorbeugende Maßnahme“ eine mit Freiheitsentziehung verbundene Maßnahme, die nach den Strafgesetzen durch eine gerichtliche Entscheidung neben oder anstelle einer Strafe angeordnet wird. Ist die Dauer einer noch zu vollziehenden Maßnahme unbestimmt, so ist für die Zwecke dieses Vertrages der Zeitpunkt maßgebend, zu dem die Maßnahme nach dem Recht des ersuchenden Vertragsstaates spätestens aufzuheben ist.

Artikel XVII

(Zu Artikel 31 des Übereinkommens)

Kündigt einer der Vertragsstaaten das Übereinkommen, so wird die Kündigung im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik zwei Jahre nach Eingang der Notifikation der Kündigung beim Generalsekretär des Europarates wirksam.

Artikel XVIII

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Preßburg ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden.

(3) Dieser Vertrag bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, sofern nicht einer der Vertragsstaaten den Vertrag schriftlich auf diplomatischem Wege kündigt. In diesem Fall tritt der Vertrag ein Jahr nach der Kündigung außer Kraft. Der Vertrag tritt auch ohne Kündigung mit dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Europäische Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 zwischen den Vertragsstaaten des vorliegenden Vertrages außer Kraft tritt.

Geschehen zu Wien, am 20. Juni 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowakischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Nikolaus Michalek

Für die Slowakische Republik:

Milan Hanzel

ZMLUVA

medzi Rakúskou republikou a Slovenskou republikou o doplnení Európskeho dohovoru o vydávaní z 13. decembra 1957 a uľahčení jeho vykonávania

Článok I

(k článku 2 Dohovoru)

Ak sa povolí vydanie podľa článku 2 odsek 1 Dohovoru, povolí sa vydanie i pre iné činy, ktorých potrestanie patrí v oboch zmluvných štátach do právomoci súdu.

Článok II

(k článku 5 Dohovoru)

(1) Pri daňových, monopolových, colných a devízových trestných činoch a trestných činoch spočívajúcich v porušení predpisov týkajúcich sa hospodárenia s tovarom alebo zahraničného obchodu, sa vydanie povolí len vtedy, ak je čin, pre ktorý sa vydanie žiada, podľa práva dožiadaneho zmluvného štátu súdne trestný.

(2) Vydanie nemožno odmietnuť iba z dôvodu, že právo dožiadaneho zmluvného štátu nepozná rovnaké daňové, monopolné, colné alebo devízové predpisy alebo predpisy týkajúce sa hospodárenia s tovarom alebo zahraničného obchodu ako právo dožadujúceho zmluvného štátu.

Článok III

(k článku 7 a 8 Dohovoru)

(1) Dožiadany zmluvný štát môže povoliť vydanie osoby pre trestný čin, na prejednanie ktorého je podľa jeho právnych predpisov daná právomoc súdov tohto štátu, vtedy keď treba dať prednosť uskutočneniu trestného konania v dožadujúcom zmluvnom štáte s ohľadom na zvláštne okolnosti, najmä z dôvodov zistenia pravdy, výmery trestu a výkonu trestu alebo v záujme resocializácie páchateľa trestného činu.

(2) Odsek 1 sa primerane použije pri rozhodovaní o súhlase na ďalšie odovzdanie (článok 15 Dohovoru).

Článok IV

(k článku 9 Dohovoru)

(1) Vydanie sa nepovolí tiež vtedy, ak činy, pre ktoré sa vydanie žiada, boli spáchané v treťom štáte a v tomto štáte bolo vydané jedno z rozhodnutí uvedených v článku 9 Dohovoru.

(2) Ak bol v dožiadaneom zmluvnom štáte vynesený právoplatný rozsudok, môže sa napriek tomu povoliť vydanie za podmienok uvedených v článku III odsek 1 tejto zmluvy, ak obnovu trestného konania odôvodňujú nové skutočnosti alebo dôkazy, alebo ak trest uložený v rozsudku nebol vykonaný celkom alebo z časti a pre nevykonanú časť nebol trest odpustený.

(3) Dožiadany zmluvný štát neodmietne vydanie osoby, ak jeho justičné orgány túto osobu oslobodili len pre nedostatok svojej právomoci, alebo ak pre tento nedostatok trestné stíhanie nebolo proti nej začaté, alebo už začaté trestné stíhanie bolo zastavené.

Článok V

(k článku 10 Dohovoru)

Spočívanie alebo prerušenie premlčania sa posudzuje iba podľa právnych predpisov dožadujúceho zmluvného štátu.

Článok VI

(1) Amnestia vyhlásená v dožiadaneom zmluvnom štáte nebráni vydaniu, ak na konanie o trestnom čine, pre ktorý sa vydanie žiada, nie je daná právomoc dožiadaneho zmluvného štátu.

(2) Povinnosť na vydanie nie je dotknutá chýbajúcim súhlasom na trestné stíhanie alebo chýbajúcim iným prehlásením poškodeného, ktoré je podľa práva dožiadaneho zmluvného štátu potrebné na začatie trestného konania a pokračovanie v ňom.

Článok VII

(k článku 12 Dohovoru)

(1) Vo veciach upravených touto zmluvou sa písomný styk uskutočňuje medzi Spolkovým ministerstvom spravodlivosti Rakúskej republiky na jednej strane a Generálnou prokuratúrou Slovenskej republiky a Ministerstvom spravodlivosti Slovenskej republiky na strane druhej. Diplomatická cesta sa tým nevyulučuje.

(2) V prípadoch odkladu, prerušenia alebo podmienečného prepustenia z výkonu trestu odňatia slobody alebo ochranného opatrenia, sa k žiadosti o vydanie alebo prevoz pripoja tiež listiny, ktoré preukazujú dôvody pre ich výkon.

Článok VIII

(k článku 14 Dohovoru)

(1) Podmienečne prepustenie alebo prepustenie z väzby vydanej osoby bez nariadenia obmedzenia slobody jej pohybu znamená jej úplné prepustenie na slobodu.

(2) V zmysle článku 14 odsek 2 Dohovoru môže dožiadany zmluvný štát prijať i opatrenia na to, aby získal podklady potrebné na podanie žiadosti o súhlas podľa článku 14 odsek 1 písm. a) Dohovoru; za týmto účelom je prípustný výsluch vydanej osoby a jej predvedenie na výsluch. Po podaní žiadosti o súhlas môže byť vydaná osoba držaná vo väzbe bez ohľadu na obmedzenie uvedené v článku 14 Dohovoru až do vydania rozhodnutia o tejto žiadosti, ak je vzatie do väzby podľa právnych predpisov dožadujúceho zmluvného štátu prípustné.

Článok IX

(k článku 15 Dohovoru)

K žiadosti o súhlas s ďalším odovzdaním inej zmluvnej strane Dohovoru alebo tretiemu štátu je potrebné pripojiť doklady uvedené v článku 12 odsek 2 Dohovoru, ktoré boli zaslané zmluvnému štátu žiadajúcemu o súhlas. Zmluvný štát, ktorý bol požiadany o udelenie súhlasu, súhlas udelí, ak trestný činom, pre ktorý bolo o vydanie požiadane, je trestným činom, pre ktorý by bolo prípustné vydanie inej zmluvnej strane Dohovoru alebo tretiemu štátu.

Článok X

(k článku 16 Dohovoru)

(1) Žiadosť o predbežnú väzbu môže byť podaná prostredníctvom súdu, prokuratúry alebo príslušného ústredného justičného orgánu alebo policajného orgánu jedného zmluvného štátu príslušnému justičnému alebo policajnému orgánu druhého zmluvného štátu. Údaje o trestnom čine musia obsahovať krátky popis skutkového stavu.

(2) Ak sa príslušné orgány jedného zmluvného štátu dozvedia, že sa na jeho území nachádza osoba, o ktorej vydanie môže žiadať druhý zmluvný štát, vyžiadajú si neodkladne spôsobom upraveným v článku 16 odsek 3 Dohovoru od tohto štátu vyjadrenie, či bude žiadať o vydanie tejto osoby. Ak je osoba vzatá do predbežnej väzby, vyromzumie sa o tomto druhý zmluvný štát s uvedením presného času a miesta jej vzatia do väzby.

(3) Lehota podľa článku 16 odsek 4 Dohovoru budú dodržané, ak pred ich uplynutím bude ministerstvu spravodlivosti dožiadaneho štátu telefaxom doručená žiadosť o vydanie a pripojené podklady a tieto listiny budú následne v priemeranej lehote doručené v originále.

Článok XI

(k článku 17 Dohovoru)

Súčasne s rozhodnutím podľa článku 17 Dohovoru rozhodne dožiadany zmluvný štát o prípustnosti ďalšieho odovzdania; s týmto rozhodnutím oboznámi všetky zúčastnené štáty.

Článok XII

(k článku 19 Dohovoru)

(1) Článok 19 odsek 1 Dohovoru sa vzťahuje aj na výkon ochranného opatrenia.

(2) O dočasné odovzdanie v zmysle článku 19 odsek 2 Dohovoru môžno žiadať za účelom vykonania naliehavých procesných úkonov. Tieto procesné úkony treba v žiadosti bližšie označiť. Takéto odovzdanie môže byť odmietnuté, ak sa tým značne omešká alebo sťaží súdne stíhanie v

140 der Beilagen

7

dožiadanim zmluvnom štáte, alebo ak by to mohlo spôsobiť neprimerané následky pre osobu, ktorá má byť odovzdaná. Po vykonaní procesných úkonov v dožadujúcom zmluvnom štáte alebo na žiadosť dožiadaneho zmluvného štátu sa odovzdaná osoba vráti späť bez ohľadu na jej štátne občianstvo.

(3) V prípade dočasného odovzdania je odovzdaná osoba držaná v dožadujúcom zmluvnom štáte po dobu svojho pobytu vo väzbe. Táto väzba sa v dožiadanim zmluvnom štáte započítava do výkonu trestu odňatia slobody.

(4) Náklady dočasného odovzdania, ktoré vznikli na území dožiadaneho zmluvného štátu, sa neuhrádzajú.

Článok XIII

(k článku 20 Dohovoru)

(1) Ak sa povolí vydanie osoby, budú aj bez osobitnej žiadosti, pokiaľ je to možné súčasne s vydávanou osobou, odovzdané veci označené v článku 20 Dohovoru alebo veci získané ako protihodnota za takéto veci. Veci budú odovzdané aj vtedy, ak už povolené vydanie osoby nemôže byť vykonané kvôli jej úteku alebo úmrtiu; ďalej vtedy, ak vydanie, ktoré by podľa Dohovoru bolo prípustné, nie je možné povoliť, pretože osoba, ktorá má byť vydaná, ušla alebo zomrela, alebo nemohla byť v dožiadanim zmluvnom štáte zistená.

(2) Dožiadany zmluvný štát oznámi dožadujúcemu zmluvnému štátu, ktoré z vecí označených v článku 20 Dohovoru boli zaistené, a či osoba, o vydanie ktorej sa žiada, s bezprostredným navrátením vecí poškodenému súhlasí. Dožadujúci zmluvný štát oznámi dožiadanemu zmluvnému štátu čo možno najskôr, či upúsťťa od odovzdania vecí za podmienky, že budú vydané poškodenému alebo ním poverenej osobe.

(3) Dožiadany zmluvný štát neuplatní pri odovzdaní vecí, ak sa vzdal ich navrátenia, záložné colné právo alebo iné vecné ručenie podľa predpisov colného či daňového práva, okrem tých prípadov, ked' vlastník vecí poškodený trestným činom príslušný poplatok sám dluhuje.

Článok XIV

(k článku 21 Dohovoru)

(1) Po dobu prevozu musí dožiadany zmluvný štát držať osobu, ktorá mu bola odovzdaná, vo väzbe.

(2) Ak má byť osoba, ktorá je jednému zo zmluvných štátov vydaná tretím štátom, prepravovaná vzdušnou cestou nad územím druhého zmluvného štátu bez medzipristátia v tomto štáte, nie je potrebné informovať zmluvný štát, nad územím ktorého sa má let uskutočniť, ak táto osoba nemá jeho štátne občianstvo, ani si ho nenárokuje, a nepôjde o vydanie pre jeden z trestných činov uvedených v článku 3 a 4 Dohovoru.

Článok XVI

(k článku 25 Dohovoru)

Pre účely tejto zmluvy sa pojmom „ochranné opatrenie“ rozumie opatrenie spojené s pozbavením slobody, ktoré bolo nariadené súdnym rozhodnutím v súlade s trestnými zákonmi popri alebo namiesto trestu odňatia slobody. Ak je dĺžka trvania opatrenia, ktoré má byť vykonané, neurčitá, pre účely tejto zmluvy bude rozhodujúci časový moment, ku ktorému najneskôr má byť opatrenie podľa práva dožadujúceho zmluvného štátu zrušené.

Článok XVII

(k článku 31 Dohovoru)

Ak jeden zo zmluvných štátov vypovie Dohovor, nadobudne výpovedeľ účinnosť vo vzťahu medzi Rakúskou republikou a Slovenskou republikou dva roky po doručení oznámenia o vypovedaní Generálnemu tajomníkovi Rady Európy.

Článok XVIII

(1) Táto zmluva podlieha ratifikácii. Ratifikačné listiny budú vymenené v Bratislave.

(2) Táto zmluva nadobudne platnosť prvým dňom tretieho mesiaca nasledujúceho po mesiaci, v ktorom boli vymenené ratifikačné listiny.

140 der Beilagen

(3) Táto zmluva sa uzatvára na dobu neurčitú a zostane v platnosti pokiaľ ju jeden zo zmluvných štátov nevypovie písomne diplomatickou cestou. V takomto prípade zanikne platnosť zmluvy jeden rok odo dňa vypovedania. Platnosť zmluvy zanikne aj bez aj bez vypovedania dňom, kedy bude ukončená platnosť Európskeho dohovoru o vydávaní z 13. decembra 1957 medzi zmluvnými štátmi tejto zmluvy.

Dané vo Viedni, dňa 20.června 1994 v dvoch pôvodných vyhotoveniach, každé v jazyku nemeckom a slovenskom, pričom obe znenia majú rovnakú platnosť.

Za Rakúsku republiku:
Nikolaus Michalek

Za Slovenskú republiku:
Milan Hanzel

VORBLATT

Problem:

Durch die Ratifikation des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 (BGBI. Nr. 320/1969) durch die Tschechoslowakische Föderative Republik am 15. April 1992 ist zufolge Artikel 28 Absatz 1 dieses Übereinkommens der seinerzeitige Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Auslieferung vom 18. November 1982 (BGBI. Nr. 382/1985) zur Gänze außer Kraft getreten. Das Europäische Auslieferungsübereinkommen steht zufolge der von der Slowakischen Regierung gegenüber dem Europarat abgegebenen Kontinuitätserklärung seit 1. Jänner 1993 für die Slowakei in Kraft (BGBI. Nr. 373/1993). Die im bilateralen Auslieferungsvertrag vorgesehenen Vereinfachungen sind dadurch weggefallen, was zu einer erheblichen Erschwerung des Auslieferungsverkehrs geführt hat.

Ziel:

Ziel des Zusatzvertrages ist die Wiederherstellung der bereits im bilateralen Auslieferungsvertrag enthaltenen Vereinfachungen, die den besonderen Erfordernissen des Auslieferungsverkehrs zwischen Nachbarstaaten entsprechen.

Inhalt:

Inhalt ist die Ausdehnung der Auslieferungspflicht. Daneben wird der unmittelbare Geschäftsweg der Justizzentralstellen eingeführt. Das Auslieferungsverfahren wird übersichtlicher gestaltet.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Keine.

EU-Konformität:

Als bilateraler Vertrag mit einem Nicht-EU-Staat auf einem nicht durch EU-Recht geregelten Sachgebiet ist der Vertrag mit EU-Recht vereinbar.

Erläuterungen

I.

Allgemeiner Teil

Der vorliegende Zusatzvertrag mit der Slowakischen Republik zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen ist zum Teil gesetzändernd und zum Teil gesetzesergänzend; er bedarf daher der Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Absatz 1 B-VG. Der Vertrag enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen. Sein Inhalt ist im innerstaatlichen Rechtsbereich unmittelbar anwendbar, die Erlassung von Gesetzen gemäß Artikel 50 Absatz 2 B-VG ist daher nicht erforderlich. Eine Zustimmung des Bundesrats gemäß Artikel 50 Absatz 1 zweiter Satz B-VG ist nicht erforderlich, da keine Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, geregelt werden.

Im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik stand der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Auslieferung vom 18. November 1982 (BGBI. Nr. 382/1985) in Geltung. Die seinerzeitige Tschechoslowakische Föderative Republik hat das Europäische Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (BGBI. Nr. 320/1969) am 15. April 1992 ratifiziert (BGBI. Nr. 373/1993). Zufolge der von der Slowakischen Regierung gegenüber dem Europarat abgegebenen Kontinuitätserklärung steht das Europäische Auslieferungsübereinkommen im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik seit 1. Jänner 1993 in Kraft. Mit Inkrafttreten des Europäischen Auslieferungsübereinkommens ist aber zufolge der Bestimmungen des Artikels 28 Absatz 1 der bilaterale Auslieferungsvertrag zur Gänze außer Kraft getreten. Es ist daher zweckmäßig, von der in Artikel 28 Absatz 2 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vorgesehenen Möglichkeit zum Abschluß eines bilateralen Zusatzvertrages zur Ergänzung und Erleichterung der Anwendung der im Übereinkommen enthaltenen Grundsätze Gebrauch zu machen.

Durch den gegenständlichen Zusatzvertrag, der sich weitgehend an den bereits bewährten Regelungen der Zusatzverträge mit Deutschland und der Schweiz orientiert, wird den besonderen Erfordernissen im Auslieferungsverkehr zwischen Nachbarstaaten entsprochen und vor allem auch den engen Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik auf strafrechtlichem Gebiet Rechnung getragen. Seit der Öffnung der Grenzen im Jahr 1989 hat die grenzüberschreitende Kriminalität zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik enorm zugenommen. Schon alleine deshalb bedarf es einer Erleichterung des Auslieferungsverkehrs, wobei unbeschadet der Zulässigkeit des diplomatischen Weges die Möglichkeit des unmittelbaren Verkehrs zwischen den Justizzentralstellen vorgesehen wird.

Die Slowakische Republik hat informell mitgeteilt, daß sie nicht in Aussicht nimmt, in absehbarer Zukunft das Zweite Zusatzprotokoll zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 17. März 1978 (BGBI. Nr. 296/1983) zu ratifizieren. Die mit dem Zweiten Zusatzprotokoll eingeführten Grundsätze hinsichtlich der Auslieferung auch wegen fiskalischer strafbarer Handlungen werden von diesem Zusatzvertrag daher übernommen.

Nach Expertengesprächen im Juni 1993 in Preßburg und Vertragsverhandlungen im November 1993 in Wien konnte Einigung über den Text des vorliegenden Zusatzvertrages zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen erzielt werden. Der Vertrag wurde am 20. Juni 1994 in Wien unterzeichnet.

Die Ratifikation des Vertrages wird auf den Bundeshaushalt keine belastenden Auswirkungen haben.

II.
Besonderer Teil

Zu Artikel I:

Artikel 2 Absatz 2 des Übereinkommens sieht die Möglichkeit vor, die Auslieferung auch wegen weiterer strafbarer Handlungen zu bewilligen, wenn eine auslieferungsfähige strafbare Handlung vorliegt und die übrigen strafbaren Handlungen in beiden Staaten gerichtlich strafbar sind. Durch die vorliegende Bestimmung verpflichten sich die Vertragsstaaten in diesen Fällen zur akzessorischen Auslieferung.

Zu Artikel II:

Artikel 2 des Zweiten Zusatzprotokolls zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 17. März 1978 (BGBl. Nr. 297/1993) sieht auch die Auslieferung wegen fiskalischer strafbarer Handlungen vor. Diese Grundsätze werden übernommen und es wird klargestellt, daß die Auslieferung entsprechend den allgemeinen Regeln nur bewilligt wird, wenn die dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegende Handlung auch nach dem Recht des ersuchten Staates gerichtlich strafbar wäre. Bei der Beurteilung der Strafbarkeit nach dem Recht des ersuchten Staates durch sinngemäße Umstellung des Sachverhaltes kommt es nicht darauf an, ob im ersuchten Staat Steuer- oder Abgabenvorschriften der gleichen Art bestehen.

Zu Artikel III:

Diese Bestimmung verpflichtet unter gewissen Voraussetzungen auch zur Auslieferung wegen strafbarer Handlungen, die (auch) der Gerichtsbarkeit des ersuchten Staates unterliegen. Die angeführten Abwägungskriterien entsprechen den in § 16 Absatz 2 ARHG festgehaltenen Grundsätzen. Sie gelten auch bei der Entscheidung über die Zustimmung zur Weiterlieferung.

Zu Artikel IV:

In Erweiterung des Artikel 9 des Übereinkommens festgelegten Grundsatzes des Verbotes der Doppelbestrafung („ne bis in idem“) wird in Absatz 1 vorgesehen, daß auch eine Verurteilung in einem dritten Staat die Auslieferung wegen der dieser Verurteilung zugrundeliegenden strafbaren Handlung an den ersuchenden Staat ausschließen kann, wenn es sich beim dritten Staat um den Tatortstaat handelt und dort eine in Artikel 9 des Übereinkommens bezeichnete Entscheidung ergangen ist.

Die Auslieferung wegen strafbarer Handlungen, die auch der Gerichtsbarkeit des ersuchten Staates unterliegen, soll jedoch nicht gehindert werden, wenn die verlangte Person nicht rechtskräftig verurteilt wurde oder die Strafe nicht oder nicht zur Gänze vollstreckt wurde. In diesem Fall kann nach den Grundsätzen des Artikels III die Auslieferung bewilligt werden, sofern die dort aufgeführten Abwägungskriterien zutreffen.

Die Auslieferung ist ungeachtet eines Freispruches oder einer Einstellung des Strafverfahrens in Ansehung der dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegenden strafbaren Handlungen im ersuchten Staat gerechtfertigt und daher zu bewilligen, wenn der Freispruch oder die Einstellung nur mangels eigener Gerichtsbarkeit erfolgt ist (Absatz 3).

Zu Artikel V:

In Abänderung des Artikels 10 des Übereinkommens sind für Hemmung und Unterbrechung der Verjährung nunmehr ausschließlich die Rechtsvorschriften des ersuchenden Staates maßgebend. Bei sinn gemäßer Umstellung des Sachverhaltes zur Beurteilung der Strafbarkeit nach dem Recht des ersuchten Staates sind daher Hemmung und Unterbrechung der Verjährung ausschließlich nach den Rechtsvorschriften des ersuchenden Staates zu beurteilen.

Zu Artikel VI:

In Absatz 1 wird bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die Auslieferung ungeachtet einer im ersuchten Staat erlassenen Amnestie zulässig ist. Maßgebend ist, ob die strafbare Handlung der Gerichtsbarkeit des ersuchten Staates unterliegt.

Absatz 2 stellt klar, daß die bei Antrags- und Ermächtigungsdelikten erforderlichen Erklärungen des Geschädigten auf die Auslieferungspflicht keinen Einfluß haben.

Zu Artikel VII:

Auslieferungersuchen werden nunmehr unbeschadet der Zulässigkeit des diplomatischen Weges im Wege des Justizministeriums der Republik Österreich einerseits und des Justizministeriums oder der Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik gestellt.

Absatz 2 enthält Ergänzungen hinsichtlich der dem Auslieferungersuchen in bestimmten Fällen anzuschließenden Unterlagen.

Zu Artikel VIII:

Der im Auslieferungsrecht geltende Grundsatz der Spezialität, wie er in Artikel 14 des Übereinkommens festgelegt wird, wird durch diese Bestimmung ergänzt und klargestellt.

Die Spezialitätsfrist beginnt zu laufen, sobald die ausgelieferte Person freigelassen wurde und keine ihre Bewegungsfreiheit einschränkende Anordnung besteht. Nach Artikel 14 Absatz 1 lit. a des Übereinkommens ist der ersuchte Staat um Zustimmung zur weiteren Strafverfolgung oder Strafvollstreckung der ausgelieferten Person wegen anderer, vom Auslieferungersuchen und der Auslieferungsbewilligung nicht erfaßten, strafbaren Handlungen zu ersuchen. Zu diesem Zwecke sieht Absatz 2 die Möglichkeit vor, die ausgelieferte Person zur Vernehmung vorzuführen und sie nach Stellung eines Nachtragsauslieferungersuchens bis zur Entscheidung des ersuchten Staates über dieses Ersuchen in Haft zu halten.

Zu Artikel IX:

Einem Ersuchen um Zustimmung zur Weiterlieferung der ausgelieferten Person sind die von dem nunmehr um Auslieferung ersuchenden Staat übermittelten Unterlagen anzuschließen. Die Zustimmung zur Weiterlieferung wird erteilt, wenn die Auslieferung wegen der dem Ersuchen zugrundeliegenden Straftat an den anderen Staat oder an den dritten Staat zulässig wäre.

Zu Artikel X:

Ersuchen um Verhängung der vorläufigen Auslieferungshaft können im unmittelbaren Behördenverkehr durch die Gerichte, Staatsanwaltschaften und die obersten Justiz- und Polizeidienststellen an die zuständigen Justiz- und Polizeibehörden des ersuchten Vertragsstaates gerichtet werden.

Die in § 28 Absatz 1 ARHG vorgesehene Möglichkeit eines Anbots der Auslieferung wird zwischen den Vertragsstaaten verpflichtend eingeführt. Da aber die in Artikel 16 Absatz 4 des Übereinkommens eingeräumten Fristen auch im Geschäftsverkehr zwischen Nachbarstaaten als kurz empfunden werden, genügt es nunmehr, wenn das Auslieferungersuchen und die beigefügten Unterlagen vor Ablauf der Frist in der Dauer von 40 Tagen mittels Telefax beim Justizministerium des anderen Staates einlangen und die Urschriften innerhalb angemessener Frist nachgereicht werden.

Zu Artikel XI:

Bei einer Mehrheit von Auslieferungersuchen hat der ersuchte Staat auch über die Zulässigkeit der Weiterlieferung an einen dritten Staat zu entscheiden. Diese Entscheidung ist allen beteiligten Staaten mitzuteilen.

Zu Artikel XII:

Diese Bestimmung regelt die Detailfragen der in Artikel 19 des Übereinkommens vorgesehenen „vorläufigen Übergabe“.

Die Bestimmung orientiert sich an den Grundsätzen des § 38 Absatz 1 ARHG. Klargestellt wird, daß die im ersuchenden Staat von der übergebenden Person zugebrachten Haftzeiten auf die Strafe im ersuchten Staat angerechnet werden. Die im ersuchten Staat entstandenen Kosten werden nicht erstattet.

Zu Artikel XIII:

Absatz 1 regelt die sogenannte Sachauslieferung. Diese ist auch dann zulässig, wenn die bereits bewilligte Auslieferung wegen Todes oder Flucht der auszuliefernden Person nicht vollzogen werden kann. Auf Grund diesbezüglich in der Praxis aufgetretener Probleme wurde darüber hinaus vorgesehen, daß die Übergabe der in Artikel 20 des Übereinkommens bezeichneten Gegenstände oder des für solche Gegenstände erlangten Entgelts auch dann stattfinden kann, wenn die Auslieferung, die nach dem Übereinkommen und diesem Vertrag zulässig wäre, nicht bewilligt werden kann, weil die auszuliefernde Person geflüchtet oder gestorben ist oder im Inland nicht mehr betreten werden konnte.

140 der Beilagen**13**

Die Absätze 2 und 3 sehen Erleichterungen hinsichtlich der Rückgabe der erwähnten Gegenstände an den Geschädigten vor. Sachliche Haftungen nach dem Steuer- und Zollrecht stehen der Rückstellung nicht entgegen, sofern der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer die Abgaben nicht selbst schuldet.

Zu Artikel XIV:

In Ergänzung des Artikels 21 des Übereinkommens wird vorgesehen, daß die durchzuliefernde Person während der Durchlieferung in Haft zu halten ist. Es besteht keine Verpflichtung, die Durchbeförderung im Luftweg jenem Vertragsstaat zu notifizieren, dessen Hoheitsgebiet überflogen wird, wenn die durchbeförderte Person weder Staatsangehöriger des überflogenen Vertragsstaates ist noch dessen Staatsangehörigkeit in Anspruch nimmt oder nicht auch wegen politisch strafbarer Handlungen oder militärisch strafbarer Handlungen durchbefördert wird.

Zu Artikel XV:

Im Auslieferungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik werden das Auslieferungsersuchen und die angeschlossenen Unterlagen in der Sprache des ersuchenden Staates abgefaßt. Übersetzungen werden nicht gefordert.

Zu Artikel XVI:

Diese Bestimmung enthält eine Definition des im Übereinkommen verwendeten Begriffes „vorbeugende Maßnahme“.

Zu Artikel XVII und XVIII:

Diese Artikel enthalten die üblichen Schlußbestimmungen.